

041142 feb 11

REU4632 3 wi 575 (GEA GERT OE SWI GEM DE WEU EUROPE)
LDE71313H

DEUTSCHLAND/FINANZTRANSAKTIONSSTEUER 2. ZF

FOKUS 2-Union erwärmt sich für Vorreiterrolle bei Börsensteuer=

- * Union denkt kleine Lösung mit Frankreich und Österreich an
- * FDP-Fraktion warnt vor Schaden für Finanzplatz
- * Finanzministerium: Keine Steuer unterhalb der Euro-Zone

(Neu: Finanzministerium)

Berlin, 04. Feb (Reuters) - In der Unions-Fraktion wird die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zunächst nur in Deutschland, Frankreich und Österreich erwogen. Andere Länder in Europa könnten sich später anschließen, hieß es am Freitag in der Fraktion. In der FDP und im Finanzministerium werden solche Überlegungen abgelehnt. Allerdings kalkuliert Minister Wolfgang Schäuble noch immer ab 2012 mit Einnahmen aus der Steuer von zwei Milliarden Euro im Jahr. Und ein Konsens über eine EU-weite Einführung der Steuer auf Börsenumsätze zeichnet sich nicht ab.

Durch die Steuer würden Devisengeschäfte oder Aktienkäufe mit einem geringen Satz etwa von 0,01 bis 0,1 Prozent belastet. Befürwortern zufolge würde die Belastung nicht nur Geld in die Staatskasse spülen, sondern auch die Märkte entschleunigen. Denn die Börsen stehen immer mehr unter dem Einfluss umstrittener Computer-Handelssysteme, die durch Millionen superschneller Einzelgeschäfte Erträge aus minimalen Kursbewegungen ziehen.

In der Koalition hieß es, zurzeit dringe vor allem die französische Regierung auf Fortschritte. Zuletzt hatte sich Präsident Nicolas Sarkozy bei der Vorstellung seines Programms für die französische G8- und G20-Präsidentschaft hinter die Steuer gestellt. Eine weltweit erhobene Steuer im Kreis der 20 großen Industrie- und Schwellenländer (G20) gilt allerdings als gescheitert. Auch in der Europäischen Union zeichnet sich kein Konsens ab, vor allem Großbritannien und Luxemburg sind dagegen.

Eine Sprecherin Schäubles sagte, es gebe keine Überlegungen zu einer nationalen Einführung der Steuer oder im Verbund mit einzelnen Ländern. Die Bundesregierung setze sich weiter für eine EU-weite Lösung ein. Zumindest müsste aber die Euro-Zone insgesamt die Steuer vereinbaren. Vize-Regierungssprecher Christoph Steegmans sagte, es sei völlig klar, dass die Steuer so angelegt sein müsste, dass es nicht zu Ausweichreaktionen komme. In der Unions-Fraktion zieht dieses Argument nicht. Auf Handel, der das Finanzsystem gefährde, könne man verzichten, hieß es.

UNIONS-HAUSHÄLTER: DIE ZWEI MILLIARDEN SIND GESETZT

Hält Schäuble an seiner Finanzplanung fest, müsste bis zum Sommer ein Konzept stehen. Der finanzpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Klaus-Peter Flosbach, sagte Reuters: "Die zwei Milliarden Euro für den Haushalt sind gesetzt." Der Bund brauche die Steuer zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise. Er sei weiter zuversichtlich, dass es gelingen werde, die Finanztransaktionssteuer EU-weit auf den Weg zu bekommen.

Der Koalitionspartner FDP würde eine kleine Lösung mit Frankreich und Österreich voraussichtlich nicht mittragen. Der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Volker Wissing, sagte Reuters, die Liberalen seien bereit, die Steuer auf EU-Ebene mitzutragen. Aber sie hätten noch nicht einmal Ja gesagt zu ihrer Einführung nur in der Euro-Gruppe. Ein noch kleinerer Kreis berge die Gefahr, dass die Steuer keine Einnahmen bringe und der Finanzplatz geschwächt werde: "Alleine solche Überlegungen sind hochgefährlich für den deutschen Finanzplatz."

Aus Sicht von Experten wäre ein Vorpreschen der drei Länder sinnlos. "Es gibt nichts mobileres in der Welt als Finanztransaktionen", warnte der Leiter der Abteilung Öffentliche Finanzen im Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Friedrich Heinemann: "Der Händler am Bildschirm macht das Häkchen dann eben nicht bei Frankfurt, sondern bei London - und schon ist er der Steuer ausgewichen."

(Reporter: Matthias Sobolewski; redigiert von Klaus-Peter Senger)

REUTERS

041248 Feb 11

REU4377 3 wi 140 (GERT GEA OE SWI GEM DNP DE WEU EZC)
WEB6912

DEUTSCHLAND/FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Schäuble hält nichts von Börsenumsatzsteuer in drei EU-Ländern=

Berlin, 04. Feb (Reuters) - Bundesfinanzminister Wolfgang

Schäuble hält nach Angaben einer Sprecherin nichts von Überlegungen, eine Finanzmarkttransaktionssteuer zunächst nur in Deutschland, Frankreich und Österreich einzuführen. Eine solche Steuer müsste zumindest im gesamten Währungsraum der Euro-Zone erhoben werden, sagte die Ministeriumssprecherin am Freitag in Berlin. Ziel der Regierung bleibe es aber, die Steuer auf Börsenumsätze in der gesamten EU einzuführen. Die Gespräche darüber liefen.

In der Unions-Fraktion gibt es Überlegungen, die Steuer zunächst nur in einem kleinen Verbund einzuführen, dem sich dann

andere europäische Länder anschließen könnten. Der stellvertretende Regierungssprecher Christoph Steegmans sagte dagegen, es sei völlig klar, dass eine solche Steuer so angelegt sein müsste, dass es nicht zu Ausweichreaktionen an andere Finanzplätze kommen könne.

(Reporter: Matthias Sobolewski, redigiert von Klaus-Peter Senger)